



HALLE ★ Die Stadt

Beschlussvorlage

Nummer: III/2002/02232

Datum: 07.05.2002

Wiedervorlage:

Aktz.:

Bezug-Nr.:

Abteilung/Amt/Fraktion: Oberbürgermeisterin

Beratungsfolge	Termin	Status	Zustimmung	Veränderung	Ablehnung
Stadtrat	12.04.2002	öffentlich beschließend			X
Stadtrat	22.05.2002	öffentlich beschließend			

Betreff: Haushaltssatzung 2002 und Haushaltssicherung 2002 bis 2007

Beschlussvorschlag:

1. Der Stadtrat stimmt der Haushaltssatzung und dem Haushaltsplan 2002 mit den gesetzlichen Anlagen nach zweiter Lesung zu.
2. Der Stadtrat beschließt als Eckwerte eines Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2002 bis 2007 die in der Anlage zu dieser Ziffer unter den Buchstaben A und B genannten Einsparungssummen von 50 Mio. EUR und 38 Mio. EUR als Ziel.
3. Der Stadtrat beschließt, unter Berücksichtigung des unter Ziffer 2 benannten Haushaltssicherungskonzeptes, das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2005 auszugleichen.
4. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, die in Ziffer 2 und der zugehörigen Anlage formulierten Ziele durch Fachkonzepte zu untersetzen bzw. Alternativen aufzuzeigen und dem Stadtrat im Oktober 2002 zur Beschlussfassung vorzulegen. Die für 2002 relevanten Einspareffekte sind in die Nachtragssatzung einzuarbeiten und dem Stadtrat im Oktober 2002 zur Beschlussfassung vorzulegen.
5. Die Oberbürgermeisterin wird beauftragt, zielstrebig Verhandlungen mit den Sozial- und Tarifpartnern aufzunehmen. Das Ziel soll eine tragfähige Vereinbarung zur Ausgestaltung der Maßnahmen im Rahmen des Haushaltskonsolidierungskonzeptes sein. Diese Vereinbarung soll bis September 2002 vorliegen.

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin

Begründung:

I. Ziel und Zweck

In der Genehmigung der Haushaltssatzung der Stadt Halle (Saale) hat das Regierungspräsidium die Stadt beauftragt, spätestens bis zum 31.10.2001 ein vom Stadtrat beschlossenes Haushaltskonsolidierungskonzept vorzulegen. Da die Stadt dieser Auflage nicht nachgekommen ist, wurde die Frist zur Erfüllung der Auflage bis zum Zeitpunkt der Vorlage der Haushaltssatzung 2002 verlängert. Das Regierungspräsidium wies in diesem Zusammenhang ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt Halle (Saale) im Falle des fruchtlosen Ablaufes der gewährten Terminverlängerung für die Erfüllung der Auflage mit der Beanstandung der Haushaltssatzung 2002 rechnen müsse.

Mit dieser Vorlage wird dem Stadtrat ein Rahmenkonzept zur Haushaltskonsolidierung bis 2007 unterbreitet, um die für die Verwaltung erforderlichen Zielvorgaben hinsichtlich der zu ergreifenden Maßnahmen und der erforderlichen Einspareffekte als Eckwerte zu definieren. Die Verwaltung wird aufgefordert, diese Zielvorgaben zeitnah mit konkreten Vorschlägen zu untersetzen.

II. Wesentliche Inhalte

A. Das strukturelle Gesamteinsparziel¹ bis 2007 beträgt 58,7 Mio. EUR:

- Auf Grund von Kostensteigerung und Personalabbaukosten ist die tatsächlich erforderliche Finanzmasse: rd. 88 Mio. EUR²
- Die 88 Mio. EUR sollen durch folgende Maßnahmen abgedeckt werden:
 - o Gesamtstrukturelles Einsparziel im Bereich politikfeldspezifischer Maßnahmen: rd. 50 Mio. EUR
 - o Gesamtstrukturelles Einsparziel im Bereich der querschnittfeldbezogenen Maßnahmen : rd. 38 Mio. EUR

B. Der Einspareffekt für das Jahr 2002 beträgt bislang 15,7 Mio. EUR³:

- Bisher definierte Maßnahmen im Haushaltssicherungskonzept
 - o durch Einmaleffekt (Haushaltssperre, Sonderurlaub): rd. 9,2 Mio. EUR
 - o im Bereich der politikfeld- bzw. querschnittfeldbezogenen Maßnahmen: etwa 6,5 Mio. EUR
- Weitere Einsparmaßnahmen sind im Rahmen der zu erstellenden Fachkonzepte zu ergänzen

III. Erläuterungen

Strukturelle Einsparziele ("p. a.") sind als jedes Jahr wiederkehrende Einspareffekte zu verstehen. Da nicht alle Einsparmaßnahmen sofort wirksam sind, werden die angestrebten Einsparziele vielfach erst im Laufe des Konsolidierungszeitraums erreicht. Beispiel: Das im Bereich Planen und Bauen veranschlagte strukturelle Einsparziel von 6 Mio. EUR wird im Jahr 2002 lediglich zu 10%, d.h. in Höhe von 0,6 Mio. EUR, erreicht.

Die hier für 2002 angegebenen Einsparziele beruhen zum Teil auf Einschätzungen und sind verwaltungsintern so rechtzeitig zu hinterlegen, dass sie im Nachtrag 2002 berücksichtigt werden können, der im Oktober dem Stadtrat gemeinsam mit den zu erstellenden Fachkonzepten vorzulegen ist.

¹ In Teilbereichen z.T. Umschichtungsvolumen

² Vergleiche S. 164 Haushaltssicherungskonzept

³ Setzt sich zusammen aus Sofortmaßnahmen in Höhe von 9,2 Mio. EUR und strukturellen Einsparungen durch Konsolidierungsmaßnahmen in Politikfeldern und Querschnittsthemen in Höhe von rd. 6,5 Mio. EUR.

Dabei ist darzustellen, welche Maßnahmen bis zu welchem Zeitpunkt mit welchen konkret untersetzten Einsparpotenzialen durchgeführt werden sollen (Umsetzungskonzept).

Die Realisierung von Einsparpotenzialen vermindert nicht grundsätzlich das Budget. Speziell im Bereich Soziales sind Einspareffekte für die Intensivierung der kommunalen Beschäftigungsförderung umzuschichten, die mittel- bis langfristig zu einer Budgetentlastung führen.

Die hier aufgelisteten Konsolidierungseffekte sind als Nettoeffekte zu verstehen, zu denen Kostensteigerungen/Inflation und Personalabbaukosten hinzugerechnet werden müssen. Somit errechnen sich die Zielbudgets für 2007 aus dem Ist-Budget, von dem Einspareffekte abgezogen und zu dem Kostensteigerungen hinzuzurechnen sind (Vergl. S. 167 Haushaltssicherungskonzept).

IV. Bisher eingeleitete Maßnahmen

Als Anlage zu Punkt IV der Begründung ist ein Organigramm zum Finanzmanagement des Konsolidierungsprozesses sowie zur fachspezifischen Umsetzung und Fortsetzung des Umstrukturierungsprozesses beigelegt. Den Kern bildet die Management-Gruppe, bestehend aus Mitgliedern der Kämmererei, des Personalamtes nebst der Abteilung Organisation und des Büros der Oberbürgermeisterin. Unterstützend sollen projektbezogen weitere Kräfte aus der Verwaltung hinzugezogen werden. Aus der Abteilung Organisation des Personalamtes wird jedem Geschäftsbereich ein sogenannter Reformbeauftragter beigelegt, der eng mit dem jeweils aus dem Geschäftsbereich benannten Co-Reformer zusammenarbeitet. In der Verantwortung des Beigeordneten für Zentraler Service liegen das Finanzmanagement und die Umsetzung des Personaltransformationskonzeptes.

Die Gesamtkoordinierung wird durch den Reformleiter wahrgenommen, der extern besetzt werden soll.

Ein erstes Gespräch mit den Sozial- und Tarifpartnern hat am 14. Mai 2002 stattgefunden.

Weiterhin ist eine Übersicht zur Umsetzung des Haushaltssicherungskonzeptes in den Geschäftsbereichen unter Bezug auf eine Haushaltswirksamkeit im Jahr 2002 sowie dem zu realisierenden Einsparbeitrag bis 2007 beigelegt. Hierzu lag den Fraktionen bereits ein umfassenderes Informationsschreiben mit Datum vom 26.4.2002 vor.

Anlage zu Ziffer 2. des Beschlusses (Gegenstand des Beschlusstextes)

A Politikfeld/Querschnittsthema und Einsparmaßnahmen	Einsparziel • strukturell bis 2007⁴ • davon 2002 erreichbar⁵
1. Planen, Bauen (S. 40 – 46) • Straffung Kernbereiche • Public-Private-Partnership-Lösung Grünflächenamt	6 Mio EUR p. a. bis 2007 <i>davon in 2002: 0,6 Mio EUR</i>
2. Kultur, Schule, Sport (S. 47 – 67) • Umstrukturierung im Musik- und im Theaterbereich • Verwaltungsstraffung • Kulturcontrolling • Reduzierung von Schulstandorten • Bündelung der Investitionskraft • Auslagerung der Bäder und Schließung eines Bades • Verlagerung von Aufgaben an Dritte	10,7 Mio. EUR p. a. bis 2007 <i>davon in 2002: 0,4 Mio EUR, durch den Geschäftsbereich noch zu untersetzen und zu ergänzen</i>
3. Soziales (S. 68 – 73) • Intensivierung kommunaler Beschäftigungsaktivitäten • Aufgabenkritik Gesundheitsamt • Flexibilisierung Hilfe zur Erziehung (HzE) • KiTa – Betrieb in andere Rechtsform; Bedarfsanpassung an demografische Entwicklung	bis zu 15 Mio. EUR p. a. bis 2007 (in andere Bereiche des Politikfeldes umzuschichten) <i>davon in 2002: rd. 1,3 Mio EUR</i>
6. Sicherheit/Ordnung/Bürgerservice (S. 74 – 84) • Straffung Ordnungsamt • Überprüfung Feuerwehr • Auslagerung von Aufgaben in die Bürgerservices	bis zu 3 Mio. EUR p. a. bis 2007 <i>davon in 2002: rd. 0,4 Mio. EUR</i>
5. ÖPNV (S. 85 – 95) • Anpassung der Nahverkehrsplanung, Prozessoptimierung bei HAVG	bis zu 17 Mio. EUR p. a. bis 2007
Strukturelles Gesamteinsparziel Politikfelder: In 2002:	rd. 50 Mio EUR p. a. bis 2007 Bislang rd. 2,7 Mio EUR
B Querschnittsthemen	
1. Einnahmensteigerung (S. 97 – 99) • Sozialhilfekostenerstattung zwischen den Sozialhilfeträgern • Gebührenerhöhung KiTa • Steuererhöhungen	Rd. 3,7 Mio. EUR p. a. bis 2007 <i>davon in 2002: etwa 3 Mio. EUR (noch zu präzisieren)</i>

⁴ Strukturell, stufenweise aufwachsend bis 2007 zu erreichen

⁵ vorläufige Schätzung, in Fachkonzepten bis KW 26 zu hinterlegen

2. Intern erbrachte Serviceleistungen (S. 100 – 108) • Aufgabenkritische Überprüfung aller Serviceeinheiten (Verwaltung der Verwaltung)⁶ • Nutzung von Auslagerungsoptionen	Rd. 4 Mio. EUR p. a. bis 2007 <i>davon in 2002: 0,3 Mio EUR</i>
3. Gebäudemanagement (S. 109 – 122) • Zentralisierung • Flächenreduzierung (Hauptanteil der Flächen bei Schulen) • Privatisierung/Outsourcing • Kapazitätsanpassung	ca. 20 Mio. EUR p. a. bis 2007 <i>davon in 2002: 0,5 Mio EUR</i>
4. Übergreifendes aufgabenkritisches Reformprogramm (S. 123 – 128) • Durchführung von grundlegenden Organisationsüberprüfungen in allen Ämtern/Geschäftsbereichen unabhängig von anderen Maßnahmen	ca. 9 Mio EUR p. a. bis 2007 <i>davon in 2002: durch die Geschäftsbereiche noch zu untersetzen</i>
Strukturelles Gesamteinsparziel Querschnittfelder: In 2002:	38 Mio EUR p. a. bis 2007⁷ Bislang rd. 3,8 Mio EUR

Addition strukturelles Gesamteinsparziel Politikfelder und Querschnittfelder In 2002	88 Mio EUR p. a. bis 2007 Bislang rd. 6,5 Mio EUR
---	--

C Sonderbereiche	
1. Sofortmaßnahmen 2002 Sonderurlaub Haushaltssperre	<i>Einspareffekt in 2002:</i> 9,2 Mio. EUR
2. Personaltransformationskonzept (S. 129 – 141)	
Umsetzung von personalwirtschaftlichen Maßnahmen • Arbeitszeitmodelle zur Arbeitszeitverkürzung • Anreizmodell für Austrittskandidaten • Betriebsbedingte Beurlaubung unter Teillohnverzicht	<i>Die Umsetzung personalwirtschaftlicher Maßnahmen ist die Voraussetzung dafür, dass in den Politikfeldern/Querschnittsthemen Einsparungen bei den Personalausgaben erzielt werden können. Die im Rahmen des PTK vorgeschlagenen Maßnahmen machen somit einen Teil der Einsparungen in den Politikbereichen bzw. Querschnittsthemen erst möglich. Insgesamt beläuft sich die durch das PTK bedingte Personalausgabensenkung innerhalb der zu erzielenden Finanzsparmasse von 88 Mio EUR auf etwa 35 Mio. EUR</i>
Krankenkassenwechsel	Ca. 1 Mio. EUR p. a. bis 2007 ⁸ <i>Einspareffekt in 2002: durch den Geschäftsbereich noch zu untersetzen</i>

⁶ insbes. Hauptamt, Personalamt, Kämmerei, Stadtkasse, Steueramt, Rechtsamt, Rechnungsprüfungsamt, Dezentrale Servicefunktionen (Schreibkräfte, Sekretärinnen)

⁷ Inklusive des unter Sonderbereich Personalwirtschaftliches Transformationskonzept veranschlagten Effekts durch möglichen Krankenkassenwechsel

⁸ Nach Angaben des Personalamtes

3. Unternehmensbeteiligungen	
Überprüfung möglicher Verkaufsoptionen Neuausrichtung des Beteiligungsmanagements (Assetmanagement, Beteiligungscontrolling)	<i>Keine strukturellen Einspareffekte, aber möglicherweise Finanzmittel zur kurzfristigen Schließung finanzieller Lücken</i>